

Antrag der Fraktion DIE LINKE**Keine Taten ohne Daten!****Für eine kontinuierliche kommunale Gesundheitsberichtserstattung.**

In wissenschaftlichen Kreisen ist es mittlerweile unbestritten, dass zwischen sozialen Determinanten und Gesundheit ein signifikanter Zusammenhang besteht. Die Verquickung dieses Zusammenhangs führt in aller Regel zu:

- Einem erhöhten Risiko für chronische Erkrankungen;
- einem erhöhten Risiko an Depressionen zu erkranken;
- erhöhter Säuglingssterblichkeit;
- einem erhöhten Risiko für Infektionserkrankungen, wie TBC, HIV, AIDS und Hepatitis;
- einem erhöhten Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen;
- einem erhöhten Krebsrisiko;
- schlechter Zahngesundheit;
- einem häufigeren Auftreten von Übergewicht und Drogenkonsum;
- niedrigerer Lebenserwartung.

Auch der letzte Bremer Landesgesundheitsbericht stellte fest: „Die soziale Lage ist eine der Grunddeterminanten für die Gesundheit einer Bevölkerung. Während die Lebenserwartung insgesamt zunimmt, vergrößern sich die Unterschiede in der Sterblichkeit und dem Krankheitsgeschehen zwischen den sozialen Schichten. Von Armut betroffene Menschen sind häufig kränker und sterben früher.“ Die letzte systematische Datenerhebung für das Land Bremen zu diesem Problemkomplex stammt aber aus dem Jahr 2006, der letzte allgemeine Landesgesundheitsbericht aus dem Jahr 2010. Im Bundesland Berlin hingegen werden diese Befunde systematisch einmal pro Legislaturperiode im sogenannten Sozialstrukturatlas erhoben und dienen als Grundlage für die Steuerung von Vertragsarztniederlassungen in den Bezirken. Dabei wird den Bezirken mit hoher sozialer Belastung eine höhere Ärztezahl zugestanden als den Bezirken mit günstiger Sozialstruktur.

Auch für Bremen ist es notwendig eine aktuelle qualifizierte und systematische Datenerhebung zur gesundheitlichen Entwicklung in prekären Stadtteilen zu liefern, denn wie der Paritätische Wohlfahrtsverband Bremen unlängst in seinem Positionspapier schrieb: „Keine Taten ohne Daten!“. Nur mit einer kleinräumigen Beurteilung der gesundheitlichen Lage können passgenaue Präventionsangebote entwickelt und eine wirklich bedarfsgerechte medizinische Versorgungsplanung erstellt werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einmal pro Legislaturperiode eine kommunale Gesundheitsberichterstattung zu erstellen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur erstmaligen Erhebung der Daten für einen kommunalen Gesundheitsbericht die Einrichtung einer Expertinnen- und Expertenkommission vorzunehmen. Die Expertinnen- und Expertenkommission soll vor allem bei der Erarbeitung der abzufragenden Faktoren von gesundheitlicher Ungleichheit beraten.

Peter Erlanson, Kristina Vogt und
Fraktion DIE LINKE